

Jutta Steinruck, MdEP

Integration von Geflüchteten in Europa

Aufgrund des Umfangs, der Geschwindigkeit und der Komplexität ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen ist die Bewältigung der Flüchtlingskrise eine der größten Herausforderungen, vor der die Europäische Union und die Gesellschaft heute stehen. Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen, ist so groß wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Europäische Union muss sich ihrer Verantwortung stellen und solidarisch reagieren. Allerdings mangelt es an gemeinsamem Verantwortungsbewusstsein und dem Willen zu neuen, nachhaltigen Wegen in der europäischen Flüchtlingspolitik. Wir brauchen eine gemeinsame menschenwürdige europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, in der die Mitgliedstaaten Verantwortung übernehmen müssen. Sich abzuschotten und die Verantwortung allein auf die Herkunfts- und Transitländer abzuwälzen, ist keine Lösung. Stattdessen müssen wir die Flüchtlinge solidarisch in der EU verteilen. Wir brauchen starke europäische Mindestnormen bei Asylverfahren und der Aufnahme von legalen Schutzbedürftigen, legale und sichere Schutzwege nach Europa, eine umfassende Integrationspolitik. Kurz, wir brauchen ein verstärktes Bekenntnis zur internationalen Verantwortung. Das gilt insbesondere auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen durch eine angemessene Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik.

Noch wird zwischen den Staats- und Regierungschefs der europäischen Länder über eine Verteilung von Flüchtlingen diskutiert und gestritten. Eine Reform der gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik wurde von der Europäischen Kommission auf den Weg gebracht. Doch nur wenige Gedanken machen wir uns bisher wie wir die Geflüchteten in unsere Gesellschaft integrieren können. In meinem Beitrag möchte ich verschiedene Wege aufzeigen, die für eine erfolgreiche soziale Integration von Flüchtlingen notwendig sind.

Bei der Ankunft der ersten Flüchtlinge war ich beeindruckt wie viele Menschen helfen wollten. Kleider- und Lebensmittelpenden wurden gesammelt und verteilt. Wie selbstverständlich ging es darum, anderen Menschen zu helfen, die vor Krieg und Folter fliehen mussten. Viele Menschen boten Kinderbetreuung, Ausflüge oder Spielenachmittag an, halfen bei Behördengängen oder dem Erlernen der Sprache. Dieses zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement ist nicht selbstverständlich. Viele Landkreise und Städte bieten auf ihrer Homepage Informationen an, wie und wo geholfen werden kann, um das große zivilgesellschaftliche Engagement zu unterstützen. Allerdings kann es staatliche Maßnahmen nicht

ersetzen, sondern nur unterstützen. Daher müssen alle Ebenen – europäisch, national und lokal – zusammenarbeiten, um eine Integration der Geflüchteten möglich zu machen.

Entscheidende Bedeutung für eine erfolgreiche soziale Inklusion ist der Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Sozialschutz. Die Unterbringung in Flüchtlingscamps darf nur vorübergehend sein. Programme des sozialen Wohnungsbaus müssen wieder aufgenommen werden und so bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Denn massive Einsparungen sind hier nicht nur für die Unterbringung von Flüchtlingen überaus problematisch, sondern treffen alle Menschen, die über ein geringes Einkommen verfügen. Viele der Geflüchteten sind traumatisiert, leiden an Unterernährung oder chronischen Krankheiten. Ein universeller und schneller Zugang zu medizinischer und psychologischer Betreuung ist daher unbedingt notwendig, denn psychologische und traumatische Störungen sind ein großes Integrationshemmnis für Flüchtlinge. Sie müssen die Zeit haben, ihre Erfahrungen zu verarbeiten und Zugang zu erforderlichen Behandlungsmöglichkeiten erhalten. Für Kinder und Jugendliche, die teilweise allein ohne Begleitung die Flucht angetreten sind, muss ein schneller Zugang zum Bildungssystem gewährleistet werden. Jedoch bestehen zahlreiche Hürden. Der Verbleib in Großunterkünften und rechtliche Beschränkungen, halten junge Menschen von der Bildung fern. Asylsuchende brauchen ab dem Zeitpunkt ihrer Einreise einen gleichberechtigten und freien Zugang zu Bildungs-, Ausbildungseinrichtungen sowie zu Hochschulen. Entscheidend ist, dass insbesondere junge Flüchtlinge Sprachkurse und Beschulungsangebote erhalten und hierdurch eine Qualifizierung sichergestellt wird, die fernab des Niedriglohnssektors eine Grundlage für den Arbeitsmarktzugang legt. Dazu bedarf es allerdings auch die Einstellung neuer Lehrkräfte und Sozialpädagogen, die die Jugendlichen in ihrem Schul- oder Ausbildungsalltag unterstützen.

Für eine wirkliche gesellschaftliche Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt essentiell. Es gibt den Geflüchteten die Möglichkeit, selbstständig zu werden und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Nach langer und mühsamer Flucht und dem Angewiesen sein auf Hilfe von anderen, gibt die Beteiligung am Arbeitsleben ihnen ein Stück weit Menschenwürde und Selbstwertgefühl zurück. Aber nicht nur das. Durch den Umgang mit Kollegen und Kolleginnen werden Freundschaften geknüpft und soziale Integration ermöglicht. Durch die Neuregelungen vom November 2014 unterliegen Flüchtlinge in Deutschland einem dreimonatigen Arbeitsverbot. Weiterhin ist ihnen während ihres Aufenthalts in einer Erstaufnahmeeinrichtung die Arbeitsaufnahme verboten. Die Bearbeitung von Asylanträgen dauert lange, so dass die Geflüchteten lange mit der Unsicherheit über ihren Aufenthaltstatus leben müssen. Für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt muss allerdings auch die Registrierung und Antragsbearbeitung beschleunigt werden. Je länger die Geflüchteten über ihren Aufenthaltsstatus im Unsicheren sind, desto schwieriger wird die Integration. Sowohl für die Geflüchteten als auch die Unternehmen, die natürlich niemanden einstellen, der dann eventuell nicht bleiben darf. Darüber hinaus ist eine frühzeitige Beurteilung und Anerkennung der Qualifikationen der Geflüchteten essentiell. Idealerweise passiert dies schon

bei der Erstaufnahme und in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit. Nach Erfassung können so passgenaue Angebote etwa zum Spracherwerb oder Beschäftigungs- oder Praktika-Angebote bereitgestellt werden. Das ist nicht allein Sache der Politik, sondern erfordert einen konkreten Beitrag aller relevanten Akteure von Unternehmen über Gewerkschaften bis hin zu Vereinen und Bildungseinrichtungen. So könnten Unternehmen zum Beispiel Schnupperbeschäftigungen, Praktikums- oder Ausbildungsplätzen für junge Flüchtlinge anbieten und dadurch einen wertvollen Beitrag zur Integration leisten. Kleine und mittelständische Unternehmen, die bereit sind Flüchtlinge einzustellen, müssen bei der arbeitsplatzbegleitenden sozialpädagogischen Betreuung unterstützt werden. Sprache ist ein zentraler Faktor, um Flüchtlingen den Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Daher brauchen wir vor allem flächendeckende Angebote für Sprach- und Integrationskurse.

Klar ist, um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, braucht es Investitionen. Die Europäische Union lässt gerade eine der schwersten Wirtschaftskrisen seit dem zweiten Weltkrieg hinter sich. Dabei geht die wirtschaftliche Erholung nur langsam und von Land zu Land sehr unterschiedlich voran. Immer noch verzeichnen einige Mitgliedsländer historische Höchststände bei der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit. Die Daten zu Armut und Zersplitterung des Arbeitsmarkts sind besorgniserregend. Dies könnte ein Hindernis für die Integration und Inklusion von Flüchtlingen werden, wenn nicht ausreichend darauf eingegangen wird. Die Lage wird dadurch noch verschärft, dass es strikte Vorschriften zur Haushaltskonsolidierung der Mitgliedstaaten gibt. Die im Moment auf europäischer Ebene verfügbaren Instrumente und Programme reichen nicht aus, um mit der Größe der Aufgabe fertig zu werden. Der Europäische Sozialfonds ist bei den letzten Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen einer Kürzung um 8 % zum Opfer gefallen, und die anderen Instrumente, die für gezielte Maßnahmen für soziale Inklusion und Integration in den Arbeitsmarkt genutzt werden könnten, insbesondere der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD), sind eher klein, heterogen und aufgrund bürokratischer Hürden oder fehlender Flexibilität nicht immer leicht zugänglich. Neben einer Abkehr von der strikten Austeritätspolitik sind also außerdem weitere Finanzmittel notwendig, um Maßnahmen für die Integration von Flüchtlingen zu unterstützen. Vor allem die Kommunen, die in erster Linie für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zuständig sind, brauchen eine nachhaltigere Unterstützung. Die vom Bund zugesagten 500 Millionen Euro für die Kommunen sind hier ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch die europäische Ebene muss ihren Beitrag leisten. In einem Initiativbericht des Beschäftigungsausschusses zur Integration von Flüchtlingen¹ wird unter anderem gefordert, die Zuweisung für den Europäischen Sozialfonds bei der Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens auf einen Anteil von 25 % der Haushaltsmittel für Kohäsionspolitik anzuhe-

¹ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+COMPARL+PE-575.366+01+NOT+XML+V0//DE>

ben. Vorschläge für einen überarbeiteten Haushalt wird die Kommission Ende Juli 2016 vorlegen.

Im April wurde das neue Integrationsgesetz vorgestellt. Die genannten Herausforderungen beantwortet es allerdings nur zum Teil. So sollen unter anderem aus Bundesgeldern 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten geschaffen und ein schnellerer Zugang zu Integrationskursen erfolgen. Gemeinsam mit den Kommunen muss man nun schauen, wie man am besten vorhandene Strukturen nutzt und sie um neue Konzepte und Maßnahmen ergänzt. In vielen Teilen des Landes laufen bereits Pilotprojekte. Der Erfolg dieser Maßnahmen muss zeitnah bewertet werden. Funktionierende Modelle sollten dann übertragen und ausgeweitet werden. Bei alledem müssen wir jedoch vermeiden, dass irgendeine Art von Wettbewerb zwischen den am stärksten benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaften um den Erhalt von Unterstützungsleistungen entsteht. Das fördert Neid und gesellschaftliche Spaltung. Menschen fühlen sich durch die Ankunft von Asylbewerbern und Flüchtlingen bedroht, weil sie die Möglichkeit stärkerer Konkurrenz beim Zugang zu Dienstleistungen oder Beschäftigung sehen. Diese Angst äußert sich auch in der aktuellen zunehmenden Unterstützung für offen fremdenfeindliche und rechtspopulistischen Strömungen und Parteien in ganz Europa. Diesem Trend müssen wir entschieden entgegentreten.

Die Aufnahme von Flüchtlingen kann eine große Chance sein. Gerade für Deutschland, das in den kommenden Jahren vor erheblichen demografischen Veränderungen steht und sich mit einem wachsenden Mangel an Arbeitskräften und Auszubildenden konfrontiert sieht. Eine erfolgreiche Integration kann nur gemeinsam gelingen. Ehrenamtliche HelferInnen müssen durch Fortbildungsangebote unterstützt werden. Hilfsmaßnahmen müssen in Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Flüchtlingsorganisationen und staatlichen Behörden koordiniert werden. Jeder Akteur – egal ob staatlich oder zivilgesellschaftlich, europäisch, national oder lokal – muss Verantwortung übernehmen und seinen Teil beitragen.

Autorin

Jutta Steinruck ist seit 2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Seit 2014 ist sie Sprecherin der europäischen sozialdemokratischen Fraktion für Beschäftigung und Soziales. Außerdem ist sie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Kontakt: jutta.steinruck@europarl.europa.eu

Weitere Information: www.jutta-steinruck.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de